

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد  
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم  
از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Carmela Negrete

24.01.2022

**KRIEGSBETEILIGUNG**

## Öl ins Feuer

Spanische Sozialdemokraten steigen in antirussische Eskalation ein. Linker Koalitionspartner vorgeführt



José Díaz/EUROPA PRESS/dpa

*Aufrüstung im Schwarzen Meer: Das spanische Kriegsschiff »Blas de Lezo« macht sich auf den Weg (Ferrol, 22.1.2022)*

Die spanischen Sozialdemokraten verschärfen den Ton gegenüber Russland. Schon seit Tagen gibt es deshalb Streit in der Madrider Koalitionsregierung aus sozialdemokratischem PSOE und dem Linksbündnis Unidas Podemos (UP). Alles begann am Mittwoch, als Verteidigungsministerin Margarita Robles (PSOE) verkündete, dass sich angesichts der sich zuspitzenden Lage rund um die Ukraine zwei spanische Kriegsschiffe auf dem Weg zum Schwarzen Meer befänden. Die Fregatte »Blas de Lezo« werde vorzeitig an einer NATO-Übung in der Region teilnehmen, um Präsenz zu zeigen. Zudem werde das Land Kriegsflugzeuge im Rahmen von NATO-Übungen nach Bulgarien

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

verlegen. Zwei Tage zuvor war bereits das Patrouillenboot »Meteoro« von Gran Canaria aus in Richtung Schwarzes Meer ausgelaufen.

»Russland kann nicht anderen Länder vorschreiben, was sie tun müssen«, erklärte Robles und forderte, dass Moskau die »Souveränität« anderer Länder respektieren müsse. Ihr Parteikollege und Außenminister, José Manuel Albares, goss am Donnerstag noch mehr Öl ins Feuer, als er bei einem Besuch in Washington sagte, im Falle einer Zuspitzung des Konflikts zwischen Moskau und Kiew könne sich seine Regierung vorstellen, Truppen in die Ukraine zu entsenden. Auf die prompt folgende Kritik des Juniorpartners UP entgegnete er, dass der Premier »die Außenpolitik in der Regierung vorschreibt«.

Podemos und Vereinigte Linke, beide Teil vom UP, warnten die Regierung in Kommunikués davor, Truppen in die Ukraine zu schicken. Enrique Santiago, Staatssekretär und Generalsekretär der ebenfalls am Linksbündnis beteiligten Kommunistischen Partei, erklärte, »die NATO bis zur Grenze zu Russland zu erweitern«, stelle »eine Bedrohung des Friedens« dar. Gleichstellungsministerin Irene Montero von Podemos forderte Regierungschef Pedro Sánchez dazu auf, »von militärischen Manövern in der Region« abzusehen und auf Diplomatie zu setzen. Die Generalsekretärin ihrer Partei und Ministerin für Soziale Rechte, Ione Belarra, verwies darauf, dass »unser Land immer klar und deutlich nein zum Krieg gesagt hat«. Die Vereinigte Linke geht noch einen Schritt weiter und fordert die »Auflösung« der NATO. An die Stelle des Kriegsbündnisses sollten Organisationen treten, die die Kooperation zwischen den Völkern fördern.

Finanzministerin María Jesús Montero vom PSOE erklärte dagegen am Sonnabend selbstsicher, es werde in bezug auf die Position Madrids »kein Problem innerhalb der Regierung geben«. Nicht so sicher zeigte sich der frühere Vizeregierungschef und ehemalige Vorsitzende von Podemos, Pablo Iglesias, bei einem Wahlkampftermin für die Regionalwahl in der Autonomieregion Kastilien und León. In Valladolid erklärte er, die NATO vertrete »vor allem die Interessen der USA«, Europa sollte sich nicht auf einen Konflikt mit der Atommacht Russland einlassen. Es gehe dabei »nicht darum, pro Russland zu sein, sondern pro Frieden«, sagte er.

Einerseits lässt sich die Position der Sozialdemokraten im Hinblick auf die Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens erklären. Wie die Tageszeitung *El Periódico* darstellt, gehe es Madrid auch darum, »energisch auf die Bedrohung der

›territorialen Integrität‹ der Ukraine reagieren«. Der nie endende Wahlkampf, der Spanien seit Jahren dominiert, bietet eine weitere Erklärung. Im Februar wird in Kastilien und León gewählt, später im Jahr auch in Andalusien. Die nächsten Parlamentswahlen sind für Ende 2023 geplant.

Möglich, dass der PSOE darauf spekuliert, die UP zu schwächen und vielleicht sogar auf vorgezogene Neuwahlen zu setzen, indem er dem Regierungspartner Positionen aufzwingt, die dieser nur ablehnen kann – oder andernfalls noch mehr Stimmen zu verlieren. Premier Sánchez fürchtet vor allem Arbeitsministerin Yolanda Díaz von der UP. Die Kommunistin, die in den Umfragen seit Monaten beliebter als der Ministerpräsident ist, plant laut Medienberichten eine eigene Wahlplattform, für die sie auch Stimmen vom PSOE und den neoliberalen Ciudadanos gewinnen könnte. Mit vorgezogenen Neuwahlen hätte sie jedoch keine Chance, eine solche vorzubereiten.

Junge Welt 24.01.2022